

Ersteinst
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonabend.

Inserate:
für den Raum
einer
kleinsten Seite
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Panneböhn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aufnahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Bekanntmachung.

Seiten des unterzeichneten Stadtraths sollen die zum Umbau des von hier nach dem sogenannten Nonnenhäuschen führenden Communicationswegs erforderlichen Bauarbeiten und Materiallieferungen an den Mindestfordernden vergeben werden.

Geeignete, cautionfähige Bewerber können Blanquets zu dieser Vergabung gegen Entrichtung der Copial-Gebühren an hiesiger Rathsstelle entnehmen, woselbst auch die betreffenden Bedingungen, unter denen der Abschluß erfolgen soll, einzusehen sind.

Die ausgefüllten Blanquets sind bis zum 13. dieses Monats unter der Bezeichnung „Offerte für den Bau des Wegs nach dem Nonnenhäuschen“ versiegelt alhier einzureichen und erfolgt die Eröffnung derselben, welcher beizuwohnen den Bewerbern freigestellt bleibt, am 15. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr an hiesiger Rathsstelle.

Die Bewerber bleiben an ihre Gebote bis zum 20. dieses Monats gebunden und sind die bis dahin unbeantwortet gebliebenen Offerten als unberücksichtigt zu betrachten. Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Eibenstock, am 4. April 1878.

Der Stadtrath.
Kosc, Bürgermeister.

Tagesgeschichte.

— Zur orientalischen Frage. Die Krisis, in der sich die Frage, ob Krieg oder Friede, augenblicklich befindet, ist eine schwere, sie dehnt sich ungebührlich lange aus, ohne daß man an ihr eine Entwicklung nach der einen oder nach der anderen Seite hin wahrnehmen könnte. Und je länger dieser Zustand dauert, desto ungenießbarer werden alle jene Vermuthungen, Informationen, Nachrichten „aus bester Quelle“ und „verbürgte“ Mittheilungen u. s. w., welche die Redactionen „maßgebender“ Blätter der Welt vorsetzen zu müssen glauben. Thatsächlich ist Folgendes: Rußland hat sich officiell seit der Rückkehr Ignatieffs nach Petersburg und seit der Circularnote des Ministers Salisbury weder in Wien noch in London geäußert; eine Antwort ist nicht ertheilt worden, Eröffnungen auf die Mittheilungen, die man dem russischen Diplomaten gemacht hat, sind dort nicht erfolgt. Hingegen ist ein Zeichen dafür, daß die Lage immer ernster wird, die fernere Thatsache, daß Fürst Gortschakoff am 3. d. M. mit dem rumänischen Agenten in Petersburg eine nichts weniger als bundesfreundliche Unterredung hatte. Wie jener Agent selbst meldet, frug ihn der Fürst, ob es wahr sei, daß die rumänische Regierung gegen den Artikel des Friedensvertrags von San Stefano protestiren wolle, welcher Rußland ermächtigt, die Verbindung mit der russischen Armee in Bulgarien auf dem Wege über Rumänien aufrecht zu erhalten. Der Kaiser sei in Folge der Haltung Rumäniens in der bessarabischen Frage gegen Rumänien bereits übel gestimmt und würde die Geduld vollends verlieren, wenn ein solcher Protest erhoben werden sollte. Der Kaiser habe dem Reichskanzler befohlen, ihm — dem Agenten Rumäniens — zur Information für seine Regierung mitzutheilen, daß er, wenn Rumänien die Absicht habe, gegen den Artikel 8 des Friedensvertrags zu protestiren und demselben sich zu widersetzen, die Occupation Rumäniens und die Entwaffnung der rumänischen Armee anbefehlen werde. Auf seinen — des Agenten — Einwand, Rußland werde sich mit Rumänien, nicht mit der Türkei über den Durchmarsch seiner Truppen zu verständigen haben, habe Fürst Gortschakoff erklärt, Rußland wolle mit Rumänien in Folge seines Verhaltens nichts mehr zu thun haben, er lege Gewicht darauf, Rumänien wissen zu lassen, daß Rußland auf dem freien Durchmarsch seiner Truppen durch Rumänien bestehe. Er möge seine Regierung von der Erklärung des Kaisers benachrichtigen, Rumänien müsse sich kategorisch darüber ausdrücken, ob es die Absicht habe, gegen das Recht, das sich Rußland im Artikel 8 des Friedensvertrags vorbehalten, zu protestiren und sich demselben zu widersetzen oder nicht. — Das klingt wenig friedlich! Fürst Karol hat denn auch seine Truppen schon bis in die kleine Balachei und die Karpathen gezogen. Anfänglich hielt man das bekanntlich für eine Demonstration gegen Oesterreich. Jetzt weiß der rumänische Minister Bratianu in Wien, um bei Oesterreich Schutz gegen Rußland zu erwirken. Dies die diplomatischen Thatsachen. — Auf dem event. Kriegsschauplatz befestigen sich die Russen an der Küste des Marmarameeres, die Engländer auf gegenüberliegenden Inseln; die Türken sind eifrigst bemüht, ihre Armee wieder herzustellen; Osman und Montthar leiten diese Arbeiten.

— Wie die „N. A. Z.“ meint, könne ungeachtet der Einberufung der englischen Reservisten und der hitziger entbrennenden Federkriege gegen Rußland, an deren neuesten neben der englischen auch die österreichisch-ungarische Presse sehr lebhaften Antheil nimmt, von einer unmittel-

bar drohenden Gefahr noch nicht die Rede sein. In den Aufklärungen, mit denen Graf Ignatieff von Wien nach Petersburg heimgekehrt ist und in der Circulardepesche des Lord Salisbury lägen neue Momente vor, deren Erörterung auf diplomatischem Wege sich erst gründlich vollzogen haben muß, ehe an den Eintritt einer neuen Phase gedacht werden könne. Im Allgemeinen scheint man in Berlin der Ansicht zuzuneigen, daß Oesterreich besser thun werde, sich den russischen Anerbietungen gegenüber nicht allzu spröde zu verhalten und im Vertrauen auf Englands „Parallelpolitik“ seine Forderungen wegen Abänderung des Vertrages von San Stefano nicht so hoch zu spannen, daß Rußland in die Unmöglichkeit versetzt würde, denselben nachzugeben. Englands und Oesterreichs Interessen betreffs der Balkanhalbinsel gehen zu weit auseinander, als daß beim Schluß der Rechnung nicht eine von beiden Mächten als die benachtheiligte dastehen müßte. Daß Oesterreich sich vorläufig nicht gegen Rußland engagiren will, beweist auch der Mißerfolg der Mission des rumänischen Ministers Bratianu jetzt, der schon konstatiert werden kann, wie wenigstens eine Wiener Korrespondenz der „N. Z.“ wissen will. Man kann sich in Wien im Allgemeinen nicht über den Standpunkt Rumäniens in der Retrocessionsfrage erhitzen und die rumänische Regierung müßte in Wien schon ein nennenswerthes Angebot bezüglich der künftigen Stellung der Donaufürstenthümer zu Oesterreich zu machen haben, falls man diesseits sich für deren Interessen einsetzen sollte. Die Frage ist eine so heikle, als sie von Rußland in der aller kürzesten Zeit durch ein fait accompli gelöst werden wird, dem gegenüber ein bloßer Protest wirkungslos sein würde.

— Ueber die Aussichten der Nationalliberalen Partei schreibt die „Dr. Corresp.“: Seit der Reichskanzler die fruchtlosen Verhandlungen mit den Führern der nationalliberalen Partei aufgegeben und mit Herrn Lascker offen gebrochen hat, weht ein ganz anderer Wind von jener Seite her. Anfangs zwar wollte die nationalliberale Partei an den Bruch des Reichskanzlers mit Herrn Lascker überhaupt nicht glauben. Als der Reichskanzler dem kleinen jüdischen Politiker in offener Reichstagsrede rücksichtslos die Freundschaft gekündigt, konnte man in den liberalen Berliner Blättern wunderbare Leitartikel lesen, welche übereinstimmend beweisen wollten, der Reichskanzler und der Abgeordnete Lascker seien ein Paar flammende Zwillinge, welche getrennt überhaupt gar nicht zu denken seien. Der Reichskanzler habe es denn auch wohl so schlimm nicht gemeint u. s. w. Seit nun aber der Reichskanzler Miene macht, auf dem Gebiete der Wirtschaftsprage doch endlich Ernst zu machen, und in dieser Richtung positive Forderungen stellt, da rüstet man sich in der That auf nationalliberaler Seite, dem bisher so bedingungslos gefeierten Kanzler die Freundschaft zu kündigen. Auf eine ohne Zweifel in dieser Richtung gegebene Weisung hin, hat die gesammte nationalliberale Presse dem Reichskanzler gegenüber plötzlich mit einem Schlage den Verkehrston stark geändert. Es wird dem Kanzler begreiflich gemacht, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört, und die Geldsachen sind es ja, welche den eigentlichen Hintergrund der Wirtschaftspolitik bilden. Wegen der Forderung des „Nachtragsetats“ soll es sogar in der nationalliberalen Partei zu einer ernstlichen Spaltung gekommen sein. Die Herren Gneist und v. Sydow waren für die Forderung des Reichskanzlers, und mit ihnen ein großer Theil der nationalliberalen Partei. Herr Lascker jedoch, welcher noch kurz vorher behauptet hatte, wenn er Minister wäre, würde die leiseste Meinungsverschiedenheit mit dem Reichskanzler ihn bewegen, vom Mi-